

---

Jerzy Holzer

## Der Weg ohne Ausweg. Politische Konzeptionen des polnischen Judentums 1918-1939

Historiker neigen manchmal dazu, gute Ratschläge zu geben und sich besonders im Bereich der Politik als Besserwisser zu profilieren. Es gibt jedoch Situationen, die man eher mit einer tiefen Demut und Ratlosigkeit hinnimmt. Ganz sicher gehörte dazu die jüdische Frage im osteuropäischen Raum während der Zwischenkriegszeit.

Der Volkszählung 1931 nach wurden in Polen über 2,7 Millionen Menschen registriert, die als Muttersprache Jiddish oder Hebräisch angaben, über 3,1 Millionen Bekenner des Mosaismus. Beide Werte bestimmen die numerische Stärke der jüdischen nationalen Minderheit nur ungenau, denn viele Familien hegten ein ambivalentes oder labiles Nationalgefühl. Der bekannte zionistische Politiker Maksymilian Apolinary Hartglas schrieb in seinen Memoiren: »Persönlich stand ich an der Scheidelinie von zwei Welten, einer jüdischen und einer polnischen ... Zwei Faktoren kollidierten beinahe mein ganzes Leben. Die polnische Erziehung und Kindheit, die Verbindung mit dem polnischen Volk, mit seiner Kultur und seinem Boden. Und eine spontan hervorgerufene Liebe zu meinem gequälten jüdischen Volk, zu seinem Leiden und zu seiner Wiederbelebung im eigenen Vaterland. Das war die Ursache, daß ich mein ganzes Leben lang an einem Doppel-Ich-Komplex litt, denn es gab keine Kraft, die diese zwei unterschiedlichen Gefühle in eins verschmelzen konnte. Als Jude konnte ich nicht das Unrecht, das mein Volk in Polen erlitten hatte (ich persönlich erlitt es nicht) vergessen machen, aber als assimilierter Pole ... mußte ich Vorurteile gegenüber Juden teilen, die sogar beste Polen hegten. So eine seelische Entzweiung, die mich mein ganzes Leben lang plagte, betrübte meine angenehmsten Augenblicke.«'

Bleiben wir jedoch bei der Schätzung, daß es damals in Polen ungefähr 3 Millionen Juden mit einem eigenen Nationalgefühl gegeben hat, am Anfang mehrere Hunderttausend weniger, am Ende - mehrere Hunderttausend mehr, etwas weniger als 10 % der Bevölkerung im polnischen Staat. Die Zahl und die Kraft einer Eigentümlichkeit, die teilweise innerhalb der jüdischen Minderheit aus ihr selbst existierte, teilweise ihr aufgezwungen wurde, bildeten die Grundlage eines eigenständigen politischen Lebens,

das desto mehr notwendig war, weil beinahe jede polnische politische Bewegung ihren nationalpolnischen Charakter und nicht selten auch ihre christliche oder katholische Verpflichtung betonte. Lassen wir hier beiseite die eher gesamt europäische Erscheinung einer aufsteigenden antisemitischen Welle in der Zwischenkriegszeit. Sicher war die jüdische Frage in Polen, wo sich Juden in Städten und Kleinstädten konzentrierten und einen hohen Anteil am Bürgertum und an der Intelligenz aufwiesen, sehr kompliziert. Konflikte mit der polnischen Bevölkerung, mit ihrem Streben nach einer bevorzugten Stellung im sozialwirtschaftlichen Leben, entsprechend ihrem politischen Primat, waren nicht zu vermeiden. Die Zwischenkriegsperiode brachte sogar eine Verschärfung der Konflikte wegen der strukturellen Krise. Eine dramatische Prägung erhielt der Konkurrenzkampf durch die Verarmung des Kleinbürgertums, die Überproduktion bei der Intelligenz, die Arbeitslosigkeit bei der Arbeiterschaft.

Im jüdischen politischen Leben gab es drei fundamentale Tendenzen, die sich jedoch manchmal in dem Versuch einer Teilsynthese artikulierten. Zwei von ihnen standen unter dem Zeichen einer zielbedingten Zukunftsutopie, die dritte stützte sich auf die existierende Realität. Die erste, die zionistische Tendenz, wollte die jüdische Frage über die Gründung des jüdischen nationalen Domizils und gegebenenfalls auch eines jüdischen Staates in Palästina und über die jüdische Massenemigration aus den Diasporaländern lösen. Die zweite Tendenz wollte die Lösung der jüdischen Frage mit einer grundlegenden sozialistischen Umwälzung verbinden. Die dritte Tendenz verneinte die Möglichkeit, die jüdische Frage in ihrer Gesamtheit lösen zu können, versuchte aber pragmatisch, im Rahmen der bestehenden Bedingungen, einen Weg einzuschlagen, um die Juden gegen eine Verschlechterung ihrer materiellen und kulturellen Lage zu schützen.

Der ideologische Einfluß des Zionismus war bei den polnischen Juden schon am Ende des 19. Jahrhunderts bemerkbar. Der Zionismus hatte anfänglich eine eher unkonfessionelle Form, wenn auch die Konfession als Grundlage der jüdischen Kultur betrachtet wurde. Der Traum von der Rückkehr in das Gelobte Land war vom religiösen Standpunkt aus kontrovers, und die jüdischen Orthodoxen lehnten den Zionismus, der die messianistischen Aufgaben mit menschlichen Kräften bewältigen wollte, ab. Jedoch schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelte sich eine Richtung des Misrachismus, die die mosaistische Orthodoxie mit dem Zionismus auszusöhnen wünschte.

Der Zionismus mußte auch bald seine Beziehungen zu den Sozialisten klären. Die Versuche, die zionistischen und die sozialistischen Tendenzen auszusöhnen, waren beim polnischen Judentum ziemlich stark, und schon während der Revolution 1905 entstand in Russisch-Polen die Jidyse Socjalistycz-Demokratyzne Arbeter Partaj Poale Syjon. Dagegen konstituierte sich

die Hauptrichtung des Zionismus in Polen erst 1916, als sich Histadrut und Misrachi organisatorisch profilierten. Schließlich entstand 1920 die polnische Organisation der Hitachdut, eines gemäßigten Flügels der zionistischen Sozialisten.

Der Sozialismus fand viel früher als der Zionismus Widerhall bei den polnischen Juden, obwohl anfänglich eher Assimilierte oder zur Assimilierung geneigte Juden Sozialisten wurden. Am Ende des 19. Jahrhunderts erzielte aber der Sozialismus auch eine breite Popularität in der jüdischen Arbeiterschaft. Die begrenzten Kontakte der polnischen sozialistischen Parteien mit dem unassimilierten Judentum und ihr mangelndes Verständnis für die Spezifik der jüdischen Frage stimulierten die separate Tätigkeit der jüdischen Sozialisten. Als Zentrum galt Wilna, eine Stadt des ethnischen Grenzlandes, wo die junge jüdische Intelligenz nur teilweise einer polnischen oder russischen Assimilierung unterlag. Schließlich entstand 1897 Allgemeiner Jidyszer Arbeiter Bund fun Rusland und Pojlen. Der Bund lehnte alle Palästina-Pläne grundsätzlich ab und verpönte die Massenemigration als ein schädliches Wahnbild. Anders jedoch als polnische und russische Sozialisten oder unter ihrem Einfluß jüdische sozialistische Assimilatoren, verkündete der Bund die Notwendigkeit, eine separate jüdische sozialistische Aktivität organisatorisch zu entfalten und das Programm einer Lösung der jüdischen Frage auf einem anderen Weg als der Emigration oder der Assimilierung auszuarbeiten.

Als ein solches Programm wurde die nationalkulturelle Autonomie akzeptiert. Das Konzept selbst war österreichischer Herkunft, paßte aber gut für die komplizierten Probleme des osteuropäischen Judentums. Die nationalkulturelle Autonomie bildete die Rückseite einer allgemeinen sozialistischen Solidarität und einer universellen sozialistischen Umwandlung. Die Realisierung der nationalkulturellen Autonomie war programmatisch nicht unbedingt mit der sozialistischen Umwälzung verbunden, man sah aber wenig Chancen für sie im Kapitalismus. Übrigens sprach auch Poale Syjon von der nationalkulturellen Autonomie und betrachtete sie als eine Übergangslösung, solange sich die Juden nicht in Palästina versammelten.

Bis 1918 schienen pragmatische Tendenzen, die sowohl sozialistische wie zionistische Zukunftstopien ablehnten, am schwächsten vertreten zu sein. Quantitativ stimmte das nicht. Sicher waren jedoch die Pragmatiker politisch weniger aktiv. Das betraf vor allem die religiöse und konservative orthodoxe Bewegung. Sie hatte den entscheidenden Einfluß in Städteln, spielte aber auch eine bedeutende Rolle in den Großstädten, besonders bei der älteren und mittleren Generation. Die Orthodoxen interessierten sich am stärksten für die Problematik der konfessionellen Freiheit und des Unterrichts, wollten auch ökonomische Interessen der jüdischen Bevöl-

kerung verteidigen. In Polen organisierten sie sich eigentlich erst 1916, und seit 1919 agierten sie unter dem Namen Agudas Jisroel oder kurz Aguda. Sie war eher ein konfessioneller und kultureller Verein als eine politische Partei, nahm jedoch an der parlamentarischen Tätigkeit teil.

1917 wurde eine ganz andere, obwohl auch pragmatische Bewegung organisatorisch eingerichtet, die Jidyse Folks-Partaj. Die Folkisten neigten zur Verweltlichung des jüdischen Lebens, widersetzten sich den Orthodoxen. Sie standen jedoch auch den Sozialisten und Zionisten kritisch gegenüber. Ihr Programm befürwortete eine dauerhafte Anwesenheit der Juden in Polen, plädierte für ein demokratisches System und zugleich für die jüdische nationalkulturelle Autonomie.

Als die polnische Republik 1918 entstand, mußten gleich alle jüdischen politischen Gruppen zu zwei Fragen Stellung nehmen. Die erste Frage betraf die polnische Unabhängigkeit. Die zweite - eine eigene Einstellung zur bolschewistischen Revolution in Rußland, umso mehr, als alle jüdischen Organisationen in Polen (oder in Russisch-Polen) vorher eine enge Verbindung zum russischen, ukrainischen oder belorussischen Judentum hatten.

Zionisten, Orthodoxe und Folkisten nahmen eindeutig positiv zur Bildung des polnischen Staates Stellung und betonten ihre Loyalität. Sie wollten jedoch am polnischen politischen Leben nicht aktiv teilnehmen, sondern konzentrierten sich auf die Vertretung oder Verteidigung der jüdischen Interessen. Auf dieser Grundlage kam es ziemlich schnell zu einem Konflikt mit den polnischen Nationalisten. Die Nationaldemokraten versuchten, die Rechte der nationalen Minderheiten zu begrenzen und ihre sozialwirtschaftliche Rolle zu mindern. Dagegen verständigten sich die nationalen Minderheiten und bildeten vor der parlamentarischen Wahl 1922 den Block der Nationalen Minderheiten. Die Wahl und die spätere Zusammenarbeit mit den Deutschen, Ukrainern und Belorussen im Parlament war jüdischerseits eher taktisch bedingt, aber drängte die jüdischen Gruppierungen in eine radikale Opposition. Ihre Verbündeten waren dem polnischen Staat meistens abgeneigt.

Diese Entwicklung ging sicher viel weiter, als es die jüdischen zionistischen, orthodoxen und folkischen Gruppierungen wollten. Besonders die Aguda und die Misrachi suchten nach einem Kompromiß mit den polnischen Behörden. Mehr geteilt war die Stimmung im Histadrut. Eine Fraktion interessierte sich eher für politische Aktivitäten in Polen und betrachtete das Bündnis mit anderen nationalen Minderheiten als den einzigen Weg, um die jüdischen Interessen zu verteidigen. Die andere Fraktion versuchte vor allem, die Propaganda für die Palästina-Emigration zu entfalten und Kader für die Emigration vorzubereiten.

Alle Kontroversen der Zionisten hatten jedoch nur taktischen Charakter.

Ebenso wie die Orthodoxen und die Folkisten stellte keine zionistische Fraktion die polnische Unabhängigkeit in Frage. Und doch warf das taktische Bündnis mit den Gegnern des polnischen Staates, den Vertretern anderer Minderheiten, einen Schatten auf die polnisch-jüdischen Beziehungen. Sicher war nur, daß die Orthodoxen, Folkisten und Zionisten die bolschewistische Erfahrung in Rußland und ihren Einfluß auf Polen entschieden ablehnten.

Die Positionen der jüdischen Sozialisten waren anders. Poale Syjon und Bund verheimlichten ihre Euphorie über die russische Revolution nicht. Anfänglich benahmen sich die polnischen sozialistischen Parteien ähnlich. Mit der Zeit wurde die Stimmung bei den jüdischen Sozialisten unterschiedlich. Ein bedeutender Teil war vom Kommunismus weiterhin fasziniert. Dabei spielte die Überzeugung eine große Rolle, daß der Kommunismus alle Formen nationaler Diskriminierung der Juden abgeschafft hatte. Kritisch gegenüber Rußland verhielten sich eher führende Politiker als breite Kreise der sozialistischen Mitglieder und Sympathisanten. Viele kleine oder größere Gruppen spalteten sich, um in die Kommunistische Partei einzutreten. Der Einfluß des Kommunismus auf die jüdische Bevölkerung war jedoch stärker, als das die Spaltungen zeigten. Viele Leute, die bisher unpolitisch waren, engagierten sich kommunistisch. Das betraf besonders die Jugend, auch in den Kleinstädten, wo früher die Sozialisten kaum Einfluß gehabt hatten: Die Unterstützung für Sowjetrußland, der Wille, die bolschewistische Revolution in Polen nachzuahmen und das Sowjetsystem einzuführen, die Bereitschaft, die Ostgebiete des polnischen Staates in die Sowjetunion einverleiben zu lassen, alle diese Aktivitäten bestimmten auch die Einstellung dem polnischen Staat gegenüber. Man verurteilte ihn als bürgerlich, aber in den ersten Jahren nach 1918 lehnte man - ebenso wie die polnischen Kommunisten - selbst die Idee der polnischen Unabhängigkeit ab, die man als ein Hindernis für die Verbindung mit dem revolutionären Rußland betrachtete.

Ein verhältnismäßig hoher Anteil der Juden an der kommunistischen Bewegung in Polen, besonders an der Funktionärs- und Intellektuellenschicht, rief den Stereotyp der »Judenkommune« hervor. Sicher beeinflusste der Kommunismus die jüdische Bevölkerung stärker als die polnische, und doch verdrehte der Stereotyp die Wirklichkeit auf zweierlei Weise. Einerseits blieb die Kommunistische Partei in Polen transnational, wenn auch mit einer unterschiedlichen Beteiligung der einzelnen Nationalitäten. Andererseits blieb eine große Mehrheit der Juden in Polen dem Kommunismus gegenüber mißtrauisch und nicht selten feindlich eingestellt, sie fühlten sich mit den Orthodoxen oder den Zionisten verbunden.

Die jüdischen sozialistischen Parteien waren auch nach den Spaltungen in ihrer Einschätzung der bolschewistischen Erfahrung uneinig. Die Poale

Syjon spaltete sich sogar wieder. Ihre Linke blieb dem Traum von einem sozialistischen jüdischen Palästina treu, betonte aber auch ihre Unterstützung für die Sowjets - ohne Gegenliebe zu finden. Die Rechte war zuerst viel schwächer und versuchte, die Idee eines demokratischen, sozialistischen Zionismus zu verteidigen. Das betraf auch die Hitachdut, die wenig Aktivität zeigte. Der nach der Spaltung entkräftete Bund optierte für den demokratischen Sozialismus und die polnische Unabhängigkeit, blickte aber zugleich mit einer kritischen Sympathie auf die sowjetische Entwicklung. Allen polnischen Regierungen gegenüber waren die Sozialisten oppositionell. Als Sozialisten kritisierten sie den Mangel an sozialen Reformen, als Juden verhehlten sie ihre Unzufriedenheit über die Minderheitenpolitik nicht.

Mitte der 20er Jahre zeigten sich die Orthodoxen und die Zionisten zu einem Kompromiß mit der polnischen Regierung bereit. Andererseits wollte der Premierminister Wladyslaw Grabski die Unterstützung der jüdischen Fraktion für seine Verhandlungen um ausländische Ausleihen haben. Im Juni 1925 kam es zu einem informellen Abkommen. Die Regierung versprach, die Rechte der jüdischen Schulen zu wahren, Jiddisch und Hebräisch als Sprachen in öffentlichen Versammlungen zu erlauben, eine Reform der jüdischen konfessionellen Gemeinden zu unterstützen, um sie in eine Art jüdische Selbstverwaltung umzuwandeln. Die Jüdische Fraktion hatte schon vorher eine Erklärung abgegeben, nach der sie dauerhaft »bei einer Position der Integrität der Grenzen und Machtinteressen des polnischen Staates und der Notwendigkeit, den Staat innerlich zu konsolidieren«, stand. Die Fraktion versprach der Regierung, ihr Unterstützung zu leisten. Der Kompromiß war aber nur kurzfristig, denn die Regierung betonte seinen unverbindlichen Charakter.

Politisch hatte das wenig Bedeutung. Im Mai 1926 wurde das parlamentarische System abgeschafft. Der Staatsstreich von Pilsudski schob die polnischen Nationalisten, die eine mächtige Parlamentsfraktion hatten und vorher einen bedeutenden Einfluß auf die Minderheitenpolitik ausgeübt hatten, an die Seite. Die neue Regierungspartei einer bürgerlichen Sammlung im Dienste des Staates machte keine nationalen Unterschiede. Jüdische bürgerliche Parteien waren damit zufrieden. Die jüdischen Sozialisten dachten an die sozialistische Vergangenheit von Pilsudski bis 1914 und hofften auf eine sozialreformfreundige Politik.

Am Ende der 20er Jahre betonten die stärksten jüdischen Parteien ihren guten Willen, sich mit der polnischen Regierung zu verständigen. Das betraf vor allem die Orthodoxen, aber auch den überwiegenden Teil der Zionisten. Die programmatischen Tendenzen dieser Gruppierungen änderten sich nicht. Bemerkenswert war nur eine neue Erscheinung, die Zionistisch-Revisionistische Fraktion im Zionismus. Ihre Auslegung des

Zionismus war extrem nationalistisch. Als Hauptaufgabe betrachtete sie die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Kampfes in Palästina mit dem Ziel, einen jüdischen Staat in seinen historischen Grenzen zu begründen. Das zukünftige jüdische Leben sollte sich auf konfessionelle Regeln stützen. Die zionistisch-revisionistische Interpretation führte zu einer Militarisierung der eigenen Reihen und folgerichtig zum Verzicht auf demokratische Grundsätze, die vorher für alle zionistischen Fraktionen kennzeichnend gewesen waren.

Am Ende der 20er Jahre verstärkte sich die Hitachdut, eine zweite - neben der Poale Syjon Rechte - demokratische Richtung der sozialistischen Zionisten, die jedoch klar antimarxistisch war. Die Hitachdut propagierte eine jüdische Solidarität in der Diaspora, und ihr sozialistisches Konzept betraf lediglich die Entwicklung in Palästina. Dagegen blieb die Poale Syjon Linke dem Marxismus treu. Sie war allen polnischen Regierungen gegenüber streng oppositionell, versuchte, sich den Kommunisten zu nähern, und kritisierte die anderen polnischen und jüdischen sozialistischen Parteien wegen ihres Versöhnertums und Reformismus. Doch die Kommunisten verdamnten ihre zionistische Zielsetzung. Isoliert im politischen Leben, spielte sie eine immer kleinere Rolle.

Anders erging es dem Bund. Obwohl Befürworter eines demokratischen Sozialismus, neigte er zu einer radikalen Auslegung im Sinne des Austromarxismus. Auf einer oppositionellen Basis näherte er sich den polnischen Sozialisten und versuchte zugleich, Verbindungen mit den Kommunisten - wenn auch ohne Erfolg - zu knüpfen.

In den 30er Jahren spielten zwei neue Faktoren eine wichtige Rolle im jüdischen politischen Leben. Die große wirtschaftliche Krise traf alle Schichten der jüdischen Bevölkerung, wenn auch mit einer unterschiedlichen Intensität. Andererseits verbreitete sich in Polen und Europa eine aggressive antisemitische Welle, und besonders ab 1933 bestimmte sie die Situation entscheidend.

Die jüdischen Pragmatiker wurden sichtbar entkräftet. Die Orthodoxen verloren viele Anhänger, betonten aber auch immer mehr die Palästina-Frage und näherten sich den Zionisten. Die Folkisten spielten kaum noch eine Rolle. Die Voraussetzung für eine dauerhafte jüdische Existenz in Polen entweder auf der Basis einer nationalkulturellen Autonomie oder wenigstens mit einem status quo im Bereich der Bürgerrechte und Eigentumssicherheit wurde fraglich.

Bei den Zionisten verstärkten sich die Zionisten-Revisionisten. Sie spalteten sich 1931 ab und organisierten 1935 eine neue zionistische Organisation im Weltmaßstab. Andererseits verstärkten sich gewaltig die zionistisch-sozialistischen Gruppierungen. Kennzeichnend war, daß auf dem Zionistischen Weltkongreß 1937, ohne Teilnahme der Zionisten-Revisionisten, 49

Delegierte aus Polen (bei einer Gesamtzahl von 103) sozialistische Zionisten waren.

Der gemäßigte Flügel des Zionismus wurde schwächer; bekam aber auch eine gewisse Verstärkung. Die antisemitische Welle beunruhigte Kreise der assimilierten Juden. Obwohl sie in der Emigration keine Lösung für ihre persönlichen Probleme fanden, unterstützten sie manchmal die zionistischen Pläne als die einzige Lösung der jüdischen Frage. Sogar ein bekannter Historiker, Professor an der Warschauer Universität, assimilierter Jude und polnischer Unabhängigkeitskämpfer, Mitglied des Oberhauses im Parlament, Zdzislaw Zmigryder-Konopka, unterstützte 1938 öffentlich die zionistische Bewegung als Äußerung des nationalen Stolzes der Juden.

Die Zionisten-Revisionisten intensivierten ihre Tätigkeit in Palästina und vor allem ihre militärischen Aktivitäten. Diesen wurde die Tätigkeit in Polen untergeordnet. Sie behielten deswegen der polnischen Regierung gegenüber eine wohlwollende Indifferenz. Sie betrachteten die gemäßigt antisemitische Regierungspolitik der zweiten Hälfte der 30er Jahre sogar als eher günstig für ihre Emigrationspläne, notierten auch mit Wohlwollen die polnische Unterstützung für die Bildung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina. Als Aufgabe in Polen blieb - außerhalb der Vorbereitung zur Emigration - lediglich die Selbstverteidigung. Sogar sie betrachtete man teilweise als eine Art Übung für den zukünftigen Kampf um Palästina.

Die zionistisch-sozialistischen Parteien überwandern im Laufe der 30er Jahre teilweise ihre Kontroversen. Die Hitachdut und die Poale Syjon Rechte, seit 1937 sogar auch die Poale Syjon Linke wirkten in einer Liga der Arbeitenden Palästinas zusammen. Die beiden ersteren Parteien radikalisierten sich, während die politische Entwicklung in der Sowjetunion nach 1935 die Poale Syjon Linke eher zurückhaltend dem Kommunismus gegenüber werden ließ. Alle sozialistisch-zionistischen Gruppierungen nahmen jedoch wenig am polnischen politischen Leben teil.

Anders verhielt es sich mit dem Bund. Er versuchte am intensivsten von allen jüdischen Gruppierungen, sich am polnischen politischen Leben zu beteiligen. Einerseits arbeitete er mit den polnischen Sozialisten zusammen, andererseits führte er Verhandlungen mit den Kommunisten und schlug die Unterzeichnung eines Einheitsfrontabkommens vor. Das gelang jedoch nicht. In der zweiten Hälfte der 30er Jahre interessierte sich der Bund wegen der Kriegsgefahr und der faschistischen Aktivitäten in Europa viel weniger für spezifische Probleme des polnischen Judentums, viel mehr für die allgemeinen Probleme der Politik. In seiner programmatischen Deklaration von 1935 stellte er sich als sozialistische Partei der jüdischen Arbeiter vor, aber zugleich als Bestandteil der sozialistischen Bewegung in Polen und in der ganzen Welt. Er glaubte an einen baldigen Untergang des



Kapitalismus. Die Bundisten betrachteten die sowjetische Politik der Repressalien und des Bürokratismus kritisch, wollten aber mit den Sowjets und mit dem internationalen Kommunismus gegen die faschistische Gefahr gemeinsam den Kampf führen.

Der Bund vermutete, daß es den Sozialisten möglich sein würde, die Staatsmacht mit Gewalt an sich zu reißen. Dazu sollten sie ihre Kampfgruppen verwenden, sich auf die Arbeiter stützen, teilweise auch enttäuschte Kleinbürger mit einbeziehen. Als Übergangsperiode sollte die Diktatur des Proletariats fungieren. Der Bund machte keine genauen Angaben über die Form der Machtausübung, obwohl er das sowjetische System nicht als obligatorisch betrachtete. Man setzte eine breit angelegte Enteignung der Großindustrie, des Handels, der Finanzen und des Verkehrs, auch der Landgüter (mit einer teilweisen Parzellierung) voraus. In Zukunft sollte die Wirtschaft gemeinsam von Vertretern des Staates, der Produzenten und der Verbraucher verwaltet werden. Die bundistische Zielsetzung war gekennzeichnet durch eine linkssozialistische Utopie, die versuchte, einen neuen Weg zwischen Kommunismus und parlamentarischer Demokratie im politischen, zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft im wirtschaftlichen Bereich zu finden.

Die jüdische Frage wurde nur nebenbei betrachtet. Man glaubte an einen einmaligen Krach des Faschismus und Kapitalismus. Die zionistische Programmatik wurde weiterhin abgelehnt, ein Sieg des Sozialismus würde eine Gleichberechtigung der Juden in allen Bereichen und über die Planwirtschaft eine Überwindung der jüdischen Misere bedeuten. Sonst blieb die nationalkulturelle Autonomie ein Schlüssel zur Lösung der jüdischen Eigenproblematik.

Schon vorher war die Rede von der Selbstliquidierung der pragmatischen Tendenzen und von einer weitgehenden Polarisierung innerhalb des Zionismus, entweder in Richtung auf Nationalismus und Militarismus oder den sozialistischen Zionismus. Im Bund zeigte sich auch kraß eine Flucht vor der Realpolitik, eine Suche nach dem Weg über eine Gesamtlösung der menschlichen Probleme.

In jener finsternen Realität der zweiten Hälfte der 30er Jahre gab es für eine jüdische Realpolitik keinen Platz mehr in Polen, wie auch nirgendwo in der Welt. Geblieben war nur der Traum von einer neuen prächtigen Welt oder wenigstens von einer Möglichkeit, in der existierenden falschgerichteten Welt einen eigenen Staat, ein Zauberland des Israel, zu finden. Welche Chancen hätten jedoch darin 3 Millionen polnische Juden und viele Millionen Juden aus aller Welt gehabt, eine richtige Heimat zu finden und glücklich zu leben?

Der 2. Weltkrieg zog herauf und mit ihm der Völkermord, die Endlösung der jüdischen Frage. Nicht erfüllt blieb sogar die Hoffnung, die einer der

führenden Bund-Politiker Szmul Zygielbojm darstellte. In einem Brief kurz vor seinem Freitod im Londoner Exil schrieb er am 12. Mai 1943: »Es ist mein Wunsch, daß die Reste, die von Millionen polnischen Juden übrigbleiben, ihre Befreiung in einer Welt der Freiheit und der sozialistischen Gerechtigkeit zusammen mit der polnischen Bevölkerung erleben. Ich glaube daran, daß ein solches Polen entsteht und daß eine solche Welt existieren wird«.